

sollte bei der Heimleiterin, sie kenne sie auch schon aus früheren Gesprächen und früheren Erfahrungen.

Jetzt versuchte man, die gute persönliche und fachliche Beziehung zwischen Frau Härtel – das war die Erzieherin, sie sitzt auch jetzt im Auditorium – und mir zu zerstören, da wir gemeinsam zu unbequem waren und zuviel hinterfragten. Wir wurden einzeln zu Vieraugengesprächen geladen. Die Ergebnisse wurden jeweils entstellt und falsch wiedergegeben, vor den Kollegen oder auch uns gegenseitig, um uns irgendwie auseinanderzubringen. Oder man wurde einzeln, gewissermaßen als Angeklagte, vor eine Gerichtsversammlung – das waren in der Regel die Leitungssitzungen oder die Dienstberatungen, in denen alle oder viele Erzieher und die Heimleitung anwesend waren – ohne Vorankündigung zitiert und mußte dann Beschuldigungen, Kritik, Verleumdungen über sich ergehen lassen. Man bekam nie oder fast nie die Möglichkeit, Dinge richtigzustellen, aus der eigenen Sicht darzustellen oder zu rechtfertigen. Im Anschluß an diese Gerichtsversammlung wurde der Eintrag in die Kaderakte mitgeteilt oder bei Uneinsichtigkeit mit der Meldung und Vorstellung beim Schulrat gedroht. Das würde dann schlimmer für uns ausgehen.

Mit diesen Maßnahmen wurden wir auch systematisch isoliert von den anderen Erziehern. Es sprach zum Schluß keiner mehr mit uns. Sie alle hatten Angst, mit uns gesehen zu werden. Wenn wir in den Raucherzimmer oder an ein Plätzchen gingen, wo sich mehrere aufhielten, gingen die anderen weg.

Schließlich versuchte man, uns auf politischem Gebiet Unreife und Staatsfeindlichkeit nachzuweisen. In einer Dienstberatung beispielsweise forderte die Heimleiterin die Erzieher auf, mich und Frau Härtel mit Argumenten von der Mitgliedschaft in der DSF zu überzeugen. Es kamen Argumente wie, diese Mitgliedschaft zeige die Einstellung zur Partei, zum Staat, zum Sozialismus und zur Sowjetunion, die Mitgliedschaft in der DSF gehöre zu jeder sozialistischen Erzieherpersönlichkeit; sonst könne das Erzieherkollektiv nicht um den Titel „Sozialistisches Erzieherkollektiv“ kämpfen.

Die obligatorischen Politinformationen, die die Erzieher wöchentlich bei ihren Gruppen durchführen mußten, wurden bei Frau Härtel nun kontrolliert. Man kritisierte die Themen, die Durchführung. Man verlangte die schriftliche Vorbereitung der Politinformation und die vorherige Kontrolle durch die Heimleitung. Ich will nur noch kurz ein Beispiel dazu nennen. Eine schriftlich vorbereitete Politinformation wurde mit den Worten „zu unkonkret und zu ungenau“ zurückgegeben, mit der Auflage, sie noch einmal zu überarbeiten und zur Kontrolle vorzulegen. Die Vorlage der inhaltlich gleichen Politinformation, nur in Tabellenform, weil das so im Erzieherstudium gelehrt wurde, ergab dann von derselben Heimleiterin, die nur kurz einen Blick darauf war, das Urteil „gut“ und konnte so durchgeführt werden.

Die Repressalien gingen dann noch weiter. Wir wandten uns an die SED-Kreisleitung. Von dort wurden wir verwiesen an die Stadtbezirksschulrätin,

Frau Burkert, bei der wir uns vorstellten und um ein Gespräch baten. Vor dem Termin kam dann die Heimleitung schon mit der Stadtbezirksschulrätin zusammen; man hatte sich auf eine Linie geeinigt. Uns wurde dann in dem Gespräch zum Schluß die Alternative vorgestellt: Entweder Sie halten sich an die politische Linie, oder Sie gehen. Wir haben es beide vorgezogen zu gehen.

Ich hatte im Juli 1989 eine Besuchsreise zu meiner Tante in die Bundesrepublik, und ich blieb drüben. Meine Freundin, die Erzieherin in dem Heim, flüchtete im Oktober über Ungarn in die Bundesrepublik.

Es existieren übrigens noch in Stasi-Unterlagen ganz genaue Mitteilungen darüber, daß man uns auch nicht zurückkommen lassen wollte, weil wir zu gefährlich wären für dieses System in Erfurt. Im Februar 1990 wollten wir in die DDR zurückkommen, was wir auch am 13. Februar taten. Wir trafen dort auf genau dieselben Strukturen, genau dieselben Leute in genau denselben Ämtern, mit genau denselben Funktionen in den Ebenen und baten um Wiedereinstellung in dem Heim. Damals arbeiteten die Instanzen – Wohnungspolitik, Abteilung Kader und Bildung – noch ganz prima zusammen, so daß wir auch nicht an eine Wohnung herankamen. Wir wurden fünf Wochen lang hingehalten. Man sagte mir, die Stelle sei noch frei; dann stellte sich heraus, daß man sie kurzfristig besetzt hatte, nachdem ich mich wieder dafür beworben hatte. Eine Nachfrage jetzt hat ergeben, daß in dem Kinderheim immer noch dieselben Erzieher mit derselben Heimleiterin arbeiten!

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Silvia Mangoldt, ganz herzlichen Dank für diesen Bericht, der deutlich macht, wie vielfältig diese Strukturen sind und wie unterschiedlich dann auch Betroffenheit sein kann.

Der nächste in unserer Runde ist Götz Gringmuth-Dallmer.

Götz Gringmuth-Dallmer: Verzeihen Sie mir, daß ich, bevor ich anfangen, über das eigentliche Thema zu reden, voranstellen möchte, daß es mir vor einer Woche nicht möglich gewesen wäre, angesichts der für mich sehr bedrückenden Situation im Moment in diesem Lande hier zu reden. Aber ein Unrecht wird nicht besser, wenn man über ein anderes schweigt. Deswegen werde ich jetzt doch erzählen.

Ich bin in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen und bin einen sehr normalen Weg gegangen. Ich war Junger Pionier, war in der FDJ. Ich war auch zwei Jahre lang in der achten und neunten Klasse FDJ-Sekretär, da ich mit 14, 15 Jahren doch der etwas naiven Ansicht war, vielleicht durch meine Tätigkeit Dinge in meinem Sinne verändern zu können.

Ich bin aber schnell an meine Grenzen gestoßen. Es begann in der zehnten Klasse, als alle FDJ-Funktionäre darüber abstimmen sollten, daß wir für den militärischen Nachwuchs in unseren Klassen zu werben hätten. Ich habe nicht